

Internationaler Frauentag 2016

Frauen-Brunch der Gewerkschaftsfrauen am Sonntag, 13.03.2016

Petra Tiesmeyer, DGB-Regionsgeschäftsführerin, DGB-Osnabrück-Emsland

---

Liebe Kolleginnen,

ich weiß nicht, wie es Euch geht...?

Wenn ich morgens die Zeitung aufschlagen, später das Radio anstelle und abends Fern sehe, es scheint nur noch ein Thema zu geben: Die Flüchtlinge.

Vielfach höre ich bereits, „Ich kann es nicht mehr hören.“

Ich auch nicht!

Aber nicht, weil mich dieses Problem nervt, sondern es ärgert mich, wie mit diesem Thema umgegangen wird.

Natürlich: Es sind sehr, sehr viele, die auf der Flucht sind. Schätzungsweise 60 Millionen.

Und es sind Menschen! Keine Naturkatastrophen wie Flut, Wellen oder Überschwemmungen.

Es sind Menschen, die auf der Flucht sind, vor Krieg und Diktatur, politischer Verfolgung, Diskriminierung und aus purer Not wegen Armut und Hunger.

Jahrelang haben wir zugesehen, wie sich die Menschenmengen an den EU-Außengrenzen vergrößerten.

Was ging es uns an?!

Deutschland war nicht betroffen. Dafür haben wir schließlich das Schengen-Abkommen.

Für uns eine sehr komfortable Situation: Deutschland hat keine EU-Außengrenzen.

Und Deutschland hat nichts unternommen, um die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Im Gegenteil! Die Waffenexporte wurden sogar gesteigert.

Unsere Wirtschaft verbucht hohe Gewinne mit Rohstoffen und schädigt damit die Umwelt in vielen Ländern.

Mit deutschen Exporten werden vielfach ganze Wirtschaftszweige anderer Länder kaputt gemacht und damit die Existenzgrundlagen der Menschen dort zerstört.

Konsumprodukte kaufen wir alle gerne billig, obwohl wir wissen, dass sie mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen hergestellt werden.

Jetzt drängen die Menschen auf der Suche nach Sicherheit und der Chance, den Lebensunterhalt verdienen zu können, weiter vor und erreichen Deutschland.

Sehr ermutigend war für mich, die Bilder zu sehen, wo geflüchtete Menschen herzlich begrüßt wurden.

So viele Menschen haben geholfen, die erste Versorgung sicher zu stellen. Das ehrenamtliche Engagement ist immer noch riesen groß. Diesen vielen Helferinnen und Helfern ist Dank zu sagen. Sie alle sind würdige Vertreterinnen und Vertreter Deutschlands.

Das kann man leider von unseren Politikerinnen nicht sagen.

Ich bin mit der Kanzlerin einer Meinung, dass „wir das schaffen“ können.

Aber die Aussage allein reicht nicht. Die Taten fehlen.

Die Diskussionen in der Regierungskoalition sind so desolat, dass sich keine Problemlösung abzeichnet. Was fehlt, ist das konkrete Umgehen mit Realitäten!

Es darf keine Zeit mehr mit Schaukämpfen für die Medien vergeudet werden!

Wir haben jetzt monatelang Vorschläge zu hören bekommen, wie wir es schaffen müssen, dass weniger bis möglichst keine Flüchtlinge mehr nach Deutschland gelangen.

Das geht inzwischen so weit, dass das Menschenrecht auf Asyl immer weiter zerfleddert wird.

## **Das Recht auf Asyl ist für die Gewerkschaften nicht verhandelbar.**

Ich habe Hochachtung vor den Menschen, die Krieg und Gewalt, Unterdrückung und Diskriminierung den Rücken kehren. Die den Mut haben, die gefährliche Flucht zu wagen, um sich in einem fremden Land eine neue Existenz aufzubauen.

Ich finde es beschämend, dass über diese Menschen als „Illegale“ gesprochen wird.

## **Die Fluchtursachen müssen bekämpft werden!**

Mit der Festlegung sogenannter sicherer Drittstaaten wird das nicht erreicht.

Eine erste Maßnahme ist, Flucht und Asyl konsequent zu ermöglichen, weil damit Verfolgung und Unterdrückung in den Herkunftsländern weit weniger wirksam sind.

Wer kriminellen Schleppern das Handwerk legen will, darf die Grenzen nicht zumachen. Damit wird die Flucht nur noch teurer und gefährlicher, bleibt ein Geschäft.

Es müssen sichere Fluchtwege geschaffen werden und die legale Zuwanderung muss möglich sein.

Und keine Schutzsuchenden aufzunehmen, ist keine Option!

Das gilt für ganz Europa!

Wir fordern die Einigkeit in guten und in schweren Zeiten ein.

An den Euro haben sich alle gewöhnt – ein Leben, ohne Geld zu wechseln und sein Geld in fremde Währungen umzutauschen. An offene Grenzen haben wir uns auch gewöhnt. Keine Passkontrollen, keine Staus. Menschen bewegen sich frei zwischen den Ländern, an Grenzgebieten arbeiten viele bei ihren europäischen Nachbarn. Auch die Wirtschaft profitiert davon: Der innereuropäische Handel vertieft die Arbeitsteilung in Europa, macht Investitionen in Europa attraktiver und schafft Jobs und Wohlstand in der Europäischen Union.

Dann kamen Geflüchtete. Und mit ihnen der Ruf nach Schließung der Grenzen - zurück zu nationalen Festungen. Erst machten Orban & Co. ihre Grenzen dicht, dann wurde der Ruf auch bei uns laut. Grenzen zu, Schengen aus. Doch soll das die Antwort auf die komplexen Fragen sein? Dabei dienen gerade die Bewegungsfreiheit sowie die Arbeitnehmerfreizügigkeit als Symbol für ein geeintes Europa, trotz Finanzmarktkrise und Griechenlanddebatte. Wollen wir wirklich wieder zurück in die Zeit der Grenzkontrollen? Haben wir die Folgen zu Ende gedacht?

Offene Grenzen sind nicht nur symbolisch wichtig. Sie sind ein Wohlfaktor und haben wirtschaftliche Folgen. Eines der wenigen Zeichen Europas, eine offene Gemeinschaft zu sein.

Europas Wohlstand beruht auf Handel und Export. Für Waffen darf das nicht gelten.

Waffenexporte stoppen – so werden Ursachen bekämpft.

Die europäische Wirtschaft muss Verantwortung dafür übernehmen, dass Investitionen den Menschen in ihren Heimatländern zu Gute kommen und nicht nur die eigenen Gewinne vervielfachen.

Mit dem Unterbinden der Finanzströme muss Extremisten wie dem IS und autoritären Gewaltherrschaften „das Wasser abgegraben“ werden.

In Deutschland werden jetzt die Weichen gestellt, wie wir miteinander leben wollen. Alles redet von der Integration und wie sie gelingen kann.

Ganze Wirtschaftsbereiche hoffen auf neue Fachkräfte.

Viele Arbeitgeber scharren schon mit den Füßen und bieten Integration für junge Männer in den Arbeitsmarkt, aber bitte ohne Mindestlohn. Im Handwerk möchte man diese jungen Menschen gerne ausbilden.

Als wenn das so einfach wäre.

Sicher gehört zu einer gelingenden Integration auch die Arbeit dazu. Aber mit diesem Ziel nur Deutschkurse und ein bisschen deutsche Kultur vermitteln - und das möglichst in Integrationszentren - reicht eben nicht.

Wirkliche Integration muss mitten in der Gesellschaft stattfinden. Und dort wird das nur gelingen, wenn wir alle uns anstrengen, dass wir zusammenwachsen. Eine Anpassung der anderen an uns zu erwarten, greift viel zu kurz. Die Geflüchteten müssen mitten unter uns wohnen, leben und arbeiten können, damit wir uns gegenseitig kennen und verstehen lernen.

Wir müssen uns dafür auch Zeit geben.

Herkommen, Anträge stellen, deutsche Sprache lernen und dann Arbeit oder Ausbildung? Das funktioniert nicht.

Viele sind traumatisiert, haben Schulden bei ihren Schleppern und vor allem Sorge um die Zurückgebliebenen.

Was fehlt sind Strukturen und Ressourcen, mit deren Hilfe sich die Geflüchteten einleben können. Das können die vielen ehrenamtlichen Initiativen nicht leisten.

Einige Bereiche in der öffentlichen Daseinsvorsorge, die jahrzehntelang vernachlässigt und abgebaut worden sind, müssen jetzt schnellstmöglich wieder aufgebaut werden. Und das nicht nur mit Blick auf die geflüchteten Menschen. Wenn Integration gelingen soll, brauchen wir einen starken Sozialstaat. Faire Chancen für alle!

Für die hier Geborenen und für neue Bürgerinnen und Bürger.

Wir müssen in die Zukunft investieren.

Wir brauchen Wohnungen – bezahlbar, wir brauchen Lehrkräfte für Schulen, Aus- und Weiterbildung, Erzieherinnen für mehr Kita-Plätze und unterstützende Sozialarbeit in allen Bereichen.

Die Frage, wie das Ganze zu finanzieren ist, haben wir Gewerkschaften längst beantwortet. Es mangelt nicht an Geld, sondern an der richtigen Umverteilung!

Es wäre nicht die Veranstaltung der Gewerkschaftsfrauen zum Internationalen Frauentag, wenn wir uns nicht besonders mit der Situation der Frauen - und heute besonders - der geflüchteten Frauen befassen würden.

Maria Braig, die lange im Vorstand des Vereins Exil aktiv war und wohl unbestritten als Kennerin der Probleme der Frauen - mit und ohne Fluchtbiografien – anerkannt ist, hat auf „graswurzelrevolution.net“ eine sehr treffende Beschreibung und Analyse veröffentlicht, die ich Euch nicht vorenthalten möchte.

Sie beschreibt, dass seit einiger Zeit – spätestens seit der Silvesternacht - viele Zeitgenossen - von denen wir das gar nicht erwartet hätten - ihre kämpferische "feministische" Seite entdecken. Gleichberechtigung für Frauen und Frauenbefreiung wird großgeschrieben - allerdings nur, solange es nicht darum geht, Frauen im eigenen Land gleich zu bezahlen wie Männer und ihnen überhaupt immer und überall die gleichen Möglichkeiten einzuräumen.

Kriege werden angeblich geführt, um Frauen in Afghanistan und anderswo vor Männergewalt und Unterdrückung zu retten.

Und von den Menschen, die vor diesen Kriegen fliehen und bei uns Schutz suchen, wird das Bekenntnis zur Gleichberechtigung der Frauen verlangt.

Wir leben in einem Land, in dem Männer und Frauen gleiche Rechte und Pflichten haben und wo sich alle mit dem gebührenden Respekt begegnen - heißt es.

Diese christlichen und westlichen Werte wollen wir exportieren und wer zu uns kommt, muss von uns lernen und sich zu diesen Werten bekennen.

Neben den Lohnzetteln sprechen allerdings auch die Zahlen der deutschen Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser eine ganz andere Sprache.

Flüchtlingen wird nicht erst nach den Kölner Silvestervorkommnissen unterstellt, dass sie, weil sie aus anderen Kulturen kommen, keinen Respekt gegenüber Frauen hätten. In diesem Zusammenhang steht Flüchtling ganz eindeutig für Mann.

Flüchtlinge werden als Bedrohungspotenzial genutzt, vor dem Deutsche Frauen geschützt werden müssen. Jeder frauenfeindliche Vorfall, in den augenscheinlich oder auch nur vorgeblich ein geflüchteter Mann verwickelt ist, wird von denen, die Deutschland für sich haben wollen, benutzt, um den Flüchtling als solchen zu diskreditieren und Ressentiments in der Bevölkerung zu schüren, auch unter jenen, die aus Mitleid bisher aufgeschlossen waren. "Jetzt reicht es aber! Statt dankbar zu sein, bedrohen sie unsere Frauen." Gefordert wird dann eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen - die geflüchteten Frauen inbegriffen.

In dieser Situation ist es nicht einfach, für geflüchtete Frauen in den Gemeinschaftsunterkünften den Schutz einzufordern, den sie brauchen, ohne falsche Signale zu geben.

Es muss immer und immer wieder betont werden:

Geflüchtete Frauen brauchen besonderen Schutz, weil sie als Frauen unter Männern leben und dies in einer extremen Ausnahmesituation. Sie brauchen diesen Schutz nicht, weil sie unter geflüchteten Männern leben, unter Flüchtlingen.

Dieser Zwiespalt, sich für geflüchtete Frauen einzusetzen, ohne der Hetze gegen Geflüchtete allgemein Futter zu geben, bedeutet eine immerwährende Gratwanderung. Für die Frauen, aber nicht gegen die Geflüchteten müssen wir einstehen. Dieser feine Unterschied ist oft nur schwer zu vermitteln.

Die in diesem Zusammenhang von „women in exile“ verbreitete Parole "Keine Lager für Frauen" führt bereits zur nächsten Stolperfalle im politischen Kampf für einen menschenwürdigen Umgang mit allen Geflüchteten: Auch für Männer sind Lager kein unterstützenswerter Aufenthaltsort. Auch für Männer muss es Alternativen, muss es vernünftige Wohnkonzepte geben.

Dennoch bleibt der Satz "Keine Lager für Frauen" eine notwendige Forderung, denn in der aktuellen Situation sind wir nicht in der Lage, die Forderung "No Lager" zeitnah durch- und umzusetzen. Und die Frauen in den Lagern leiden ganz aktuell und ganz besonders unter dem Leben in den Sammelunterkünften, unter dem Leben in der Ausnahmesituation als Frauen unter Männern.

Für Frauen gelten vielfach die gleichen Fluchtursachen wie für Männer.

Kriege, politische Verfolgung, Religion, sexuelle Orientierung, Hunger und Elend als Folge von wirtschaftlichen Entwicklungen und Klimaveränderung. Darüber hinaus gibt es geschlechtsspezifische Fluchtgründe. So fliehen Männer häufiger vor Zwangsrekrutierung oder vor der Verfolgung als Deserteure.

Für Frauen wiederum bedeuten Krieg und politische Verfolgung fast immer das Erleiden sexualisierter Gewalt (oder zumindest die ständige Bedrohung damit), die oft gezielt als Waffe, auch gegen die Angehörigen der Betroffenen, eingesetzt wird.

Frauen fliehen vor Genitalverstümmelung, vor Zwangsverheiratung, sie fliehen, weil sie keine Möglichkeit auf ein eigenständiges Leben ohne Mann haben.

Unterwegs sind Frauen gefährdeter als Männer.

Neben den Gefahren, die eine Flucht auf dem Weg durch viele Länder und über das Wasser für alle Geflüchteten mit sich bringt, sind Frauen immer zusätzlich von sexualisierter Gewalt bedroht. Teilweise werden sie sogar bewusst als Zahlungsmittel "benutzt", um für ganze Flüchtlingsgruppen die Weiterreise zu ermöglichen.

Im Zufluchtsland angekommen, sind sie noch lange nicht sicher.

Ganz abgesehen von Berichten über sexualisierte Übergriffe durch Heimleiter, die es immer wieder gibt, stellt das Leben im Lager eine dauernde Gefahr dar.

Besonders gefährdet sind allein reisende Frauen und Minderjährige.

Häufig in unübersichtlichen alten und heruntergekommenen Gebäuden einquartiert, stellen Wege zur Gemeinschaftsküche, zur Dusche, zur Toilette immer eine Gefahr dar. Und dies nicht, weil geflüchtete Frauen unter Flüchtlingen leben, sondern weil Frauen in unerträglichen Verhältnissen zusammengepfercht mit zahlreichen gelangweilten, verzweifelten Männern hausen.

Ganz langsam scheint die Problematik auch in den Köpfen der Regierenden anzukommen. Aber anstatt sich Gedanken darüber zu machen, wie Lager insgesamt abgeschafft werden können und als ersten Schritt dazu Konzepte zu entwickeln, Frauen nicht mehr in Lagern unterzubringen, geht es nun um Schutzräume für Frauen innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte.

Gerne wird das Argument angeführt, weil so viele Geflüchtete bei uns einträfen, ginge es nicht anders. Das wird nicht erst angesichts der Tatsache, dass beispielsweise für das Erstaufnahmelager Bramsche-Hesepe im Landkreis Osnabrück das Angebot von privaten Wohnräumen durch eine Initiative der Einheimischen ohne Begründung abgelehnt wurde, unglaubwürdig.

Ende 2015 wurde in Niedersachsen vom Sozial- und Innenministerium ein sogenanntes Schutzkonzept für Frauen vorgestellt. Empfohlen wird die separate Unterbringung von Familien, insbesondere von Müttern mit ihren Kindern. Wohlgedenkt, die separate Unterbringung innerhalb des Lagers.

Mindestanforderung: "Es muss einen Platz geben, wo muslimische Frauen ihren Schleier ablegen und ihre Kleinkinder ungestört stillen können".

Wo bleiben hier allein reisende Frauen, Frauen, die keine Mütter sind, Frauen, die keine Muslima sind und/oder keinen Schleier tragen? Benötigen sie keine Rückzugsmöglichkeiten? Und was ist auf dem Weg zum Rückzugsort?

Aber es kommt noch schlimmer.

Es wird "empfohlen", geschlechtergetrennte Sanitärbereiche sowie abschließbare nicht einsehbare Toiletten einzurichten.

Wer schon einmal eine Erstaufnahmeeinrichtung - ein Lager für Geflüchtete besucht hat, weiß um diese Zustände. Dennoch ist diese Situation kaum zu glauben und noch weniger zu ertragen:

Keine geschlechtergetrennten Sanitäranlagen, keine abschließbaren und nicht einsichtigen Toiletten? In Deutschland sind getrennte Toiletten und Sozialräume seit vielen Jahren Grundstandard.

Dass dieser Standard überhaupt erst in ein Konzept für die Erstaufnahmeeinrichtungen übernommen werden muss, dass es jemand wagt, so etwas als neue Errungenschaft und die Lösung bestehender Probleme anzupreisen, macht sprachlos.

Geflüchteten Frauen fehlen Informationen über die Situation von bedrohten Frauen in Deutschland und über die Möglichkeiten, Hilfe zu erfahren.

Wohin können sie sich wenden, was können sie tun und dürfen sie überhaupt die Unterkunft verlassen, wenn sie sich bedroht fühlen?

Geflüchtete Frauen mit Gewalterfahrung haben mit den gleichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die wir auch von deutschen Frauen mit Gewalterfahrung kennen: Sie schämen sich oft, über die Ereignisse zu sprechen. Sie suchen die Schuld bei sich selbst, sie haben mit Retraumatisierung zu kämpfen, die schon allein durch harmloses Lärmen männlicher Jugendlicher auf den Fluren der Gemeinschaftsunterkunft ausgelöst werden kann.

Dagegen helfen keine Schutzbereiche und erst recht keine Rückzugsräume innerhalb der Sammelunterkünfte.

Dagegen hilft einzig und allein:  
Frauen raus aus den Lagern - jetzt sofort!  
Und auf Dauer:  
Keine Lager - No Lager - für niemanden!